

Jürgen Kumlehn
Erinnerer
Wolfenbüttel
E-mail: jkumlehn@t-online.de
Tel: 05331-977 487
Website: www.ns-spurensuche.de

Platanenstraße 24
D-38302

September 2021

An alle, die es interessiert:

Die Demokratie lebt von der Auseinandersetzung, vom engagierten Widerspruch, vom lebendigen Diskurs.
Claudia Roth, DIE ZEIT, 9. September 2021

40 Jahre GRÜN gewählt:

Warum ich diesmal nicht mehr „GRÜN“ wählen werde:

Genau vor 40 Jahren haben Mitglieder und Freunde der Anfang 1981 gegründeten „Grünen Bürgerliste für den Landkreis Wolfenbüttel“, in der sich Mitglieder der neuen GRÜNEN und Engagierte aus einigen Bürgerinitiativen zusammengetan hatten, bei der Kommunalwahl im September 1981 für Gemeinderäte und für den Kreistag kandidiert. Mit der damaligen UWG war abgesprochen worden, um uns nicht gegenseitig Stimmen abzunehmen, dass sie ausschließlich in der Stadt Wolfenbüttel kandidiert und die Grünen nur im Landkreis.

„Grüne“ wählten Kandidatin ohne Parteibuch der „Grünen“

Die 34jährige Studienrätin Birgit Lautenbach-Kopetz wird für die Grünen auf der Landesliste kandidieren, falls es zu einer Neuwahl des Bundestages am 6. März kommen sollte. Sie wurde am Dienstagabend von der Mitgliederversammlung der Grünen des Wahlkreises Wolfenbüttel-Salzgitter mit einer Gegenstimme gewählt. Birgit Lautenbach-Kopetz ist nicht Mitglied der Grünen. Sie kann dennoch für diese Partei kandidieren, weil sich die Grünen als „parlamentarischer Arm der nicht-parlamentarischen Bewegungen“ verstehen. Sie wollen daher auch unabhängigen Vertretern dieser Bewegungen die Möglichkeit zur parlamentarischen Arbeit geben. Die Studienrätin ist verheiratet und hat drei

Kinder. Sie ist Mitglied der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und arbeitet seit einem Jahr bei den Unabhängigen Wolfenbütteler Kriegsgegnern mit. Die Schwerpunkte ihrer politischen Arbeit wird sie bei Rüstungs-, Wirtschafts- und den damit verbundenen umweltpolitischen Fragen setzen. Auf der Mitgliederversammlung wurde außerdem der Entwurf des Bundeswirtschaftsprogrammes der Grünen besprochen. Das wirtschaftspolitische Hauptziel ist die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Kurzfristig wollen die Grünen die Arbeitsmarktlage über die Senkung der Wochen- und Lebensarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich für untere Einkommensgruppen verbessern. Langfristig sollen die arbeitsintensiven Klein- und Mittelbetriebe vom Staat gefördert werden.

Als im März 1983 die hiesigen Grünen auch für den Bundestag kandidieren wollten, wurde ich gefragt, ob ich als Bundestagskandidat kandidieren würde. Ich hätte es gern getan, beim Nachdenken darüber kamen mir Zweifel: Ich fühlte mich überhaupt nicht kompetent für eine derartig bedeutsame Aufgabe und lehnte ab. Gewählt wurde dann – aus heutiger Betrachtung sehr fortschrittlich – Birgit Lautenbach-Kopetz aus Sickinge. Sie erhielt 954 Stimmen, die Zweitstimmen kamen auf 1310. Durch das 5,5 Prozent-Ergebnis gelang den Grünen der Einzug in den Bundestag. Im Juni 1982 war die Grüne Landtagskandidatin Christel Schuran (†) bereits in den Niedersächsischen Landtag gewählt worden.



Seit 1983 habe ich trotz mancher Kritik und auch schon mal mit zähneknirschendem Unbehagen immer DIE GRÜNEN gewählt. Meine diesjährige Abkehr hängt mit aktuellen Entwicklungen in Berlin, in der Gesamtpartei und vor allem auch mit Erfahrungen hier im Landkreis Wolfenbüttel zusammen.

Vor 40 Jahren kämpften wir anders als die „etablierten Parteien“ um Wählerstimmen.

Hilmar Nagel und ich zogen in den Kreistag ein. Die Bürgerliste erhielt Sitze in den Räten der



Gemeinden Cremlingen, Sickte, Schöppenstedt, Gielde und Gardessen für sieben Männer und für eine Frau. Was heutzutage spekulativ im Gespräch ist – grün-schwarz? – war 1981 bereits in Schöppenstedt erwogen worden: Die Schöppenstedter CDU buhlte zur Mehrheitserringung um den Grünen Ratschherrn Bernd Barnstorf-Brandes (oberstes Foto). Bernd bildete dann aber mit der SPD eine Gruppe und wählte den SPD-Bürgermeister mit. Nach der Ablösung Helmuth Bosses (SPD) wurde Ernst Henning Jahn zum Landrat gewählt. Die zwei Abgeordneten der Grünen Bürgerliste gratulierten ihm symbolreich mit einer Blume. (Foto: Jürgen Kumlehn, ein Kaktus und Ernst-Henning Jahn.)



Die von den anderen Parteien ungerne akzeptierten Erfolge der Grünen wurden beschädigt durch die damalige Grünen-Ab-sicht, die „Rotation“ einzuführen: Dem basisdemokratischen Ansatz zufolge und dem Verständnis als "Anti-Parteien-Partei" versuchten die Grünen gerecht zu werden, indem sie den Aufbau der eigenen Organisation konsequent am Prinzip der Machtteilung ausrichteten. Das Rotationsprinzip sollte die Amtszeit der Landtags- und Bundestagsabgeordneten auf zwei

Jahre begrenzen; Nachrücker sollten das Mandat übernehmen. Schon 1986 wurde für die Bundestagsabgeordneten die zweijährige durch eine vierjährige Rotation ersetzt. 1991 wurde das Rotationsprinzip endgültig abgeschafft. Die Rotation hat - zum Beispiel - Petra Kelly sehr beschädigt! (Wer Petra Kelly war? Sie ist vergessen)

Dieses Wechselprinzip sah ich damals schon als eher undemokratisch als Demokratie fördernd an. Ebenso geht es mir nun mit dem weiblichen (*innen) Machtanspruch, dass in Kandidatenlisten auf ungeraden Listenplätzen immer Frauen „gewählt“ werden müssen. (Die Pythagoreer hielten die ungeraden Zahlen für männlich.) Hier kommt nicht nur Demokratie ans Ende, sondern männliche Kandidaten werden in auffälliger Weise diskriminiert. Wann findet sich jemand, der diese Regelung vom Bundesverfassungsgericht bewerten lässt? Dass diese Regelung bei der Bundestagswahl mit der ungeraden Listenfrau Annalena Baerbock kein Erfolg wird, deutet sich ja schon seit geraumer Zeit an: Hier trifft der für mich undemokratische Machtanspruch einer ungeraden Listenzahl auf die Idee von Träumerinnen und Träumern, eine komplett unerfahrene Kandidatin mit fehlerhaftem Lebenslauf und möglichem Plagiat könnte doch auch einmal Bundeskanzlerin werden. (Ich stelle mir A. Baerbock mit Putin in Moskau vor.)



Nach ihrem Buch, auf das ich noch eingehe, finde ich in „Rezos“ aktueller ersten Kolumne (<https://www.youtube.com/watch?v=rIj3qskDAZM>) die obigen Fotos. Das rechte Bild ist das Original, das linke das manipulierte Foto des Baerbock'schen Wahlkampfteams: Nicht nur dass Männer offenbar beim Wahlkampf stören, mich erinnert das Manipulieren von Fotografien aus politischen Gründen an zwei deutsche Diktaturen jüngster Zeit sowie an das „Wolfenbütteler Schaufenster“, bei denen sowas auch praktiziert worden ist, sondern auch die Überheblichkeit, die das möglich macht.

Die taz schrieb dazu (28.8.21): *Allerdings kenne ich Männer, die keine Lust mehr haben, eine Partei zu wählen, die männliche Kandidaten aus Wahlkampfbildern mit Annalena Baerbock rausschneidet, damit es feministischer rüberkommt. Die vulgärfeministische Grundhaltung „Hauptsache Frau“, für die die Grünen nicht nur ihre Chance aufs Kanzleramt geopfert haben, sondern auch ihren Platz auf der saarländischen Landesliste, stößt sogar treue Grünen-Fans ab.*

Die Grünen bieten auf ihrer Website Podcasts mit Gesprächen von jeweils zwei Frauen an, die sich über ihren Schritt in die Politik und ihre Absichten unterhalten. In einem Podcast höre ich Aussagen, in denen Kommunalpolitiker als „alte weiße Männer“ bezeichnet werden und zum Teil auch als „Vollidioten“. Den Begriff „alte weiße Männer“ reihe ich ein in den von Grünen in vielfältiger Weise verwendeten Begriff „Rassismus“. Podcasts mit Gesprächen zwischen Kandidatinnen und Kandidaten oder gar Kandidaten mit Kandidaten habe ich bisher noch nicht gefunden.

Zwei Extreme



Grüne Frau(en)schaft und FDP-Mannschaft



Übrigens: Warum dürfen Leo Pröttel und Stefan Brix auf einem ungeraden Listenplatz kandidieren - und Robert Habeck nicht? Trauen sich Männer im Grünen Kreisverband Wolfenbüttel nicht – oder wenigstens mal einer – die Diskriminierung von Robert Habeck zu kritisieren. Nun zum Buch, das A. Baerbock angeblich selbst geschrieben hat: Ich habe es gelesen und finde es beunruhigend. Gerade weil es so furchtbar ist, rate ich dazu, es unbedingt zu lesen. Das ermöglicht eine unzensurierte Meinungsbildung. Die offenbaren Plagiate sind mir nicht aufgefallen, aber, dass es in diesem Buch kaum noch Männer gibt: Sie fallen durchgängig vom Anfang bis zum Ende dem sprachlichen Missbrauch „*innen“ usw. zum Opfer. Es gibt in dem Buch eine Stelle, aus der deutlich wird, wie der Missbrauch unserer Sprache auch internationalisiert wird: *Seit den frühen 1960er-Jahren hat sich die Fläche des Tschadsees von über 25000 km² auf rund 2500 km verringert, also um neunzig Prozent. Die sozialen Folgen sind verheerend - für die Fischer*innen, aber auch für Landwirt*innen und Viehhalter*innen.* (S. 218) Wieviel weibliche Landwirte, Fischer und Viehhalter mag es im Tschad geben?

Aber nicht nur Annalena Baerbock ist des ungenehmigten „Abschreibens“ überführt worden. Der GRÜNE Autor Dr. K.-H. verwendet in seinem Buch über das ehemalige Konzentrationslager Schandelah Texte von dieser Website ohne Genehmigung und auch mit falscher Quellenangabe. (Das faktenreiche Buch enthält zudem sieben Grußworte, die wohl eher einem gewissen Narzissmus zuzurechnen sind.) Ich hatte Dr. Krause-Hotopp früh genug (am 25.8.-2018) darauf hingewiesen, dass er keinerlei Texte von mir oder Zitate verwenden dürfe. Er hat sich darüber hinweggesetzt. Zusätzlich hat er mindestens 30mal Textstellen von dieser Website „ns-spurensuche“ ohne eindeutige Quellenangabe übernommen.

In meinem Menüpunkt „Autorenrechte“ heißt es:

Liebe Besucher dieser Website, Sie können gern aus Texten meiner Website zitieren, wenn Sie diese Bedingungen akzeptieren und erfüllen: Bitte informieren Sie mich kurz durch eine Email über die Stelle oder Veröffentlichung, in der Sie aus einem Text zitieren. Bitte nennen Sie folgende Quelle: Internet: ns-spurensuche.de, Textbezeichnung, Jürgen Kumlehn, Wolfenbüttel

Sie können gern auch Fotos verwenden. Das ist nur möglich, wenn Sie vorher bei mir anfragen. Diese Bedingungen gelten selbstverständlich auch für Texte anderer Autoren, die auf dieser Website veröffentlicht sind. In der Quellenangabe geben Sie bitte den entsprechenden Namen an.

Sie benötigen meine Genehmigung!

Die Nutzung von Inhalten der Website ohne Erfüllung dieser Bedingungen sehe ich als Verstoß gegen das Urheberrecht an. Es wird juristische Folgen haben.

Jürgen Kumlehn, Wolfenbüttel, 8.1.2009

<https://www.ns-spurensuche.de/index.php?id=4&topic=21>

Auf der Grünen-Website finde ich ähnliche Autorinnenrechte:

Der Inhalt der Website von Dr. Claudia Bei der Wieden ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte vorbehalten.

Die Vervielfältigung von Informationen oder Daten, insbesondere die Verwendung von Texten, Textteilen oder Bildmaterial ist nur bei Angabe der Quelle oder mit vorheriger Zustimmung von Dr. Claudia Bei der Wieden erlaubt.

In des Autors Schandelah-Buch selber heißt es:

Das Werk, einschließlich seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlages und des Autors unzulässig. (...)

Noch eine Aussage zu dem KZ-Schandelah-Buch: Es wurde in einer Druckerei in Cesky Tesin in Tschechien gedruckt, fast 1000 Kilometer von Schellerten in Niedersachsen, dem Sitz des Verlages, entfernt. Wieviel CO2 mag durch den Transport entstanden sein - und warum wird ein lokalgeschichtliches Buch im Sinne der GRÜNEN „Nachhaltigkeit“ nicht in einer Druckerei der hiesigen Region gedruckt?



Übrigens: Vor genau vierzig Jahren während einer Wahlkampfpradtour der Grünen Bürgerliste in das Ölschiefergebiet bei Schandelah wurde das ehemalige Konzentrationslager Schandelah wiederentdeckt. Seitdem entwickelte sich über Jahrzehnte eine Erinnerungskultur, an denen seit 1983 jedes Jahr ehemalige KZ-Gefangene und NS-Widerstandskämpfer aus Belgien und Frankreich teilnahmen. Hieraus entstand meine enge Freundschaft zwischen der Gemeinde Cremlingen und der Amicale Neuengamme von Belgien und von mir persönlich zum Widerstandskämpfer Victor Malbecq aus Brüssel. Kurz vor seinem Tod konnte durch die Initiative von Dr. Krause-Hotopp und Martina Staats ein Interview mit Victor Malbecq aufgenommen werden. Es befindet sich auf einer DVD gemeinsam mit einem Gespräch zwischen mir und Victor Malbecq, aufgenommen in der Gedenkstätte in Wohld. Die DVD befindet sich im Besitz der Gemeinde Cremlingen. Meine Bitte, mir für mein Archiv eine Kopie der DVD zur Verfügung zu stellen, lehnt der Cremlinger Bürgermeister Kaatz mit einer absurden Begründung – das sei nicht im Sinne von V. Malbecq - ab. Ich darf also mein eigenes Gespräch mit Victor Malbecq nicht besitzen. Was und wer hinter dieser Idiotie steckt, weiß ich nicht.

Durch die Corona-Pandemie sind die Gedenkfeiern mit Belgiern seit 2020 ausgefallen. Stattdessen legten in einer Wahlkampf-Aktion im Mai 2021 Dr. Krause-Hotopp, Leonhard Pröttel und Dr. Claudia Bei der Wieden am Gedenkstein in Wohld einen „Blumengruß“ nieder. Frau Dr. Bei der Wieden wird in der Presse so zitiert: *In der heutigen Zeit sollte allen die Barbarei der Nazizeit vor Augen geführt werden, damit sich so etwas niemals wiederholt.* Anlässlich eines weiteren Wahlkampf-Besuches von Stefan Brix, Leonhard Pröttel und Frau Bei der Wieden in der JVA-Gedenkstätte Wolfenbüttel schrieb das „Schaufenster“: *Am Ende der Veranstaltung wies Claudia Bei der Wieden, selbst Historikerin, darauf hin, dass Demokratie nicht nur gelebt, sondern nötigenfalls auch verteidigt werden muss, damit Diktatur keine Chance habe.*

Beide Aussagen kann ich vollauf unterstützen. Nicht akzeptieren kann ich weiterhin die Tatsache, dass Frau Dr. Bei der Wieden als ehemaliges Mitglied des Vorstandes des „Arbeitskreises Andere Geschichte“ in Braunschweig und jetzt noch als Mitglied dieses Vereins das auch gegen den Wunsch des Leiters der KZ-Gedenkstätte Schillstraße, Frank Ehrhardt, gerichtete Leseverbot meines Buches über den aus Wolfenbüttel stammenden jüdischen Schriftsteller und Widerstandskämpfer Werner Ilberg weiterhin unterstützt. Das Verbot stammt von der Historikerin Martina Staats, der Vorsitzenden des Vorstandes und des Arbeitskreises und gleichzeitig Leiterin der JVA-Gedenkstätte. In der Hinrichtungsstätte sind während des „Dritten Reiches“ hunderte von NS-Widerstandskämpfern hingerichtet worden. Frau Staats missbrauchte offenbar als Vorgesetzte ihre Machtfülle und desavouierte nicht nur meine Bemühungen der NS-Aufklärung, sondern auch die verdienstvolle langjährige Arbeit des Leiters der KZ-Gedenkstätte Schillstraße, der in der Vergangenheit schon viele erfolgreiche Lesungen organisiert hat – indem sie sich anscheinend einfach über Ehrhardts Wunsch hinwegsetzte.

Im Schlepptau dieser skandalösen Maßnahme verhält sich die GRÜNE Wolfenbütteler Kommunal- und Bundespolitikerin, die Historikerin Dr. Claudia von der Wieden, seit kurzem nicht

mehr Vorstandsmitglied des o.g. Arbeitskreises aber weiterhin Vereinsmitglied in einer Weise, in der sie das Lesungsverbot weiterhin toleriert und sich weigert, dazu Stellung zu nehmen.

Sie wirbt für sich mit „großen Worten“ auf dem Hintergrund eines gegen ihre eigenen Zitate gerichteten Verhaltens. Kann man Aussagen von Frau Bei der Wieden überhaupt ernst nehmen? Denn Frank Ehrhardt, Leiter der KZ-Gedenkstätte Schillstraße und ich hatten mit der vereinbarten Lesung doch genau das vor, was Frau Dr. Bei der Wieden am Schandelaher Gedenkstein gefordert hatte: *sollte allen die Barbarei der Nazizeit vor Augen geführt werden, damit sich so etwas niemals wiederholt.*

Mit der Lesung aus dem Buch, in dem das schicksalsreiche Überleben des jüdischen Wolfenbütteler Schriftstellers und Widerstandskämpfers Werner Ilberg – er hat ab 1919 bis 1945 beinahe 30 Jahre lang aktiv gegen den NS gekämpft - Zuhörenden ganz nach der Forderung Frau Dr. Bei der Wiedens hätte vorgestellt werden, wäre ihre Forderung erfüllt worden. Ich habe bis heute keine Begründung für das Verbot erhalten und ebenso hat sich Frau Dr. Bei der Wieden weder von dem Verbot distanziert noch hat sie, und das erwarte ich von einer Grünen Bundestagskandidatin, Frau Martina Staats aufgefordert, das Verbot zurückzunehmen.¹ Was mag der Grund dafür sein. Eine Kandidatin (auch Kandidaten) mit so einer widersprüchlichen Haltung sollte man keinesfalls wählen.

Übrigens kann man meiner Lesung aus dem Buch anlässlich des Holocaustgedenktes 2021 in einem Podcast auf der Grünen Website lauschen:

<https://www.youtube.com/watch?v=skqF8bgYClg>

Aktuelle Lesungen:

29.9.2021, Gedenkstätte Friedenskapelle, 18 Uhr

6.10.2021, Gemeindehaus der Hauptkirche Wolfenbüttel

7.10.2021, Deutsch Englische Gesellschaft Braunschweig, 19 Uhr



Schaut man sich weitere Aussagen von Frau Dr. Bei der Wieden an, komme ich aus dem Kopfschütteln nicht heraus. Z.B. ihre Aussagen zu Asse II deuten an, dass sie hierzu kaum Kenntnisse besitzt. In dem letzten Podcast sagte sie: *Das Fahrradwegenetz im Landkreis inklusive der Ladeinfrastruktur für E-Bikes sollte ebenfalls ausgebaut werden.* Als Elt-Fahrradfahrer mit der Lust an längeren Touren würde ich natürlich gern meinen Fahrrad-Akku unterwegs aufladen: Aber wie realistisch ist aus vielen Gründen so eine schnell dahingesagte Forderung überhaupt zu verwirklichen? Forderungen aufstellen ist ja zurzeit beliebt. Noch eine Frage: Ich kann mir gut vorstellen, die Gegenwart zu gestalten, aber gar nicht, die Zukunft zum Beispiel 2023 oder 2026. Würde eine Lesung aus

meinem nächsten Buch zum Nationalsozialismus in dieser Grünen Zukunft erneut verboten werden?

¹ Man muss sich das mal auf der geistigen Zunge zergehen lassen: In Wolfenbüttel erinnert die Leiterin der hiesigen Gedenkstätte an mehr fast 500 hingerichtete NS-Widerstandskämpfer – und in der Braunschweiger KZ-Gedenkstätte verbietet sie die Erinnerung an einen Wolfenbütteler jüdischen Widerstandskämpfer.



Das Gestalten der Zukunft ist ein Vorhaben der Grünen, das auf vielen Plakaten verschieden formuliert in den Wahlkampf hineinprangt. Einer Partei, die eine Kombination von Politik dieser Art anbietet und verwirklichen möchte, kann man doch keine Stimme geben! Hier ist größtes Misstrauen angesagt. Ich wünsche mir von engstirnig denkenden und handelnden Ideologinnen

und Ideologen keine „gemachte“ Zukunft; wir haben zwei Erfahrungen hinter uns, in denen Zukunft schon mal gemacht worden ist.

.....

Ich frage mich bei jedem Menschen, ob ich ihm ausgeliefert sein möchte: Und es gibt nur wenige, bei denen ich sagen würde: ja.
Heinrich Böll, 1917 - 1985

Bei den hiesigen Grünen gibt es mehrere Podcasts, in denen die jüdische Wolfenbütteler Erinnerungskultur ebenfalls für den Wahlkampf missbraucht wird. Ich habe daran Kritik geübt und Kritik vom Bürgermeisterkandidaten Stefan Brix zurückerhalten, die teilweise beleidigend ist und in seinem Versuch gipfelt, meiner Kritik mit einer „Charakterstudie“ entgegenzutreten. Vor meinem Urteil habe ich Bekannte, die sich auch für jüdische Erinnerungskultur engagieren, gefragt, ob meine Kritik berechtigt sei. Einstimmig unterstützen sie meine Einschätzung der Geschmacklosigkeit. Die Wahlwerbung unter der Bezeichnung „Unser Wolfenbüttel der Vielen – Ein historischer Rundgang durch die Stadt“ sollte in der „Internationalen Woche gegen Rassismus“ auf den in *unserer Gesellschaft verankerten Rassismus* aufmerksam machen. Dazu nun jüdische Geschichte zu verwenden macht die Juden wieder zu einer „Rasse“ - zu der sie vor allem die Nazis mit ihrer Pseudo- „Rassenforschung“ gemacht haben; ab 1945 wurden die Juden von dieser nationalsozialistischen „Verrassung“ befreit. Die natürlich gut gemeinte Absicht des Stadtrundganges ist durch die immer noch verbreitete Meinung, es gäbe Menschenrassen, mit diesem „antirassistischen Stadtrundgang“ zur Farce geworden. Von Georg Friedrich Herweg (1817 – 1875) stammt die Aussage: *Die Rassenfrage gehört in die Gestüte, nicht in die Geschichte.* Und Wolfenbüttels Bibliotheksdirektor Peter Burschel hat sich im April 2021 in der BZ zum Begriff „Rasse“ so geäußert: *Den Rassismus, welcher bestimmten Menschen aufgrund äußerer Merkmale die Menschlichkeit abgesprochen wurde, verortet Burschel in einem anderen Zusammenhang: „Die Reinheit als politischer Code ist eine Erfindung der frühen Neuzeit.“ Und damit auch die Konstruktion vom „reinen“ und vom „bösen Blut“. Diese Vorstellung habe es ermöglicht, zum Christentum konvertierte Juden trotzdem zu drangsalieren, weil sie eben dieses böse Blut bis in alle ihre Nachkommen ebenso wenig verlören wie die „N...“² ihre Hautfarbe. In diesem Zusammenhang sei im Spanien des frühen 16. Jahrhunderts erstmals der Begriff „Raza“, der zuvor nur für die Abstammung von Pferden und Hunden gebräuchlich gewesen sei, auf Menschen angewendet worden.*

Zwei Begriffe, „Sexismus“ und „Rassismus“, sind im letzten Jahr und noch etwas länger in unsere Sprache hineingeputscht worden, dass man als normaler „Deutschsprecher oder -schreiber“ schnell in die Gefahr geraten kann, in diese beiden aus Modeworten entstandenen Höllen hineingestoßen zu werden: Wenn eine nette, ältere Dame zu mir sagt, ich sehe mit

² „N...“ = „Neger“

meinen 76 Jahren aber noch recht proper aus, müsste ich nach neuen sprachpolitischen Grundlagen diese Aussage als Sexismus werten und die Dame als Sexistin einstufen. Umgekehrt wäre es wohl noch viel schlimmer. Wenn ich mich beim Radfahren von einem anderen Radfahrer, der sich nicht an Verkehrsregeln hält – und der eine andere Hautfarbe als ich hat – beschwere, muss ich „dammich noch mol“ aufpassen, mich nicht selbst als Rassisten einzustufen und schnell die dafür vorgesehene Hölle aufzusuchen. Boris Palmer hat deshalb schon öfter in der Hölle gebraten.

Der Begriff „Rassismus“ bietet Menschen eine prima Grundlage nicht für Integration, sondern für „Intrigation“. Dieser Menschen-Rassismus, der ja künstlich erfunden worden ist, sollte endlich abgeschafft werden mit dem Ziel, menschliche Fehlverhaltensweisen differenziert zu beschreiben und zu bewerten und sie nicht gleich über dieses dämliche Wort zu verunglimpfen.

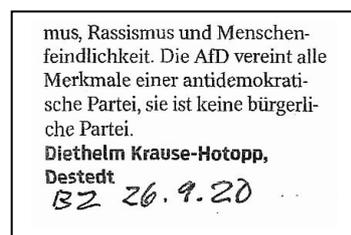
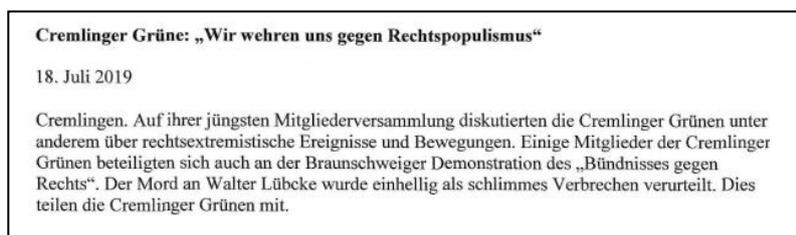
Meine Kritik an dem „Stadtrundgang“ war verbunden mit der Aufforderung, doch etwas zum Antisemitismus zu publizieren oder zum Beispiel etwas gegen die immer noch vorhandene Bewunderung eines der schlimmsten Kolonialisten des Kaiserreiches im Bürger Museum zu tun. Warum hat der GRÜNE Bürgermeisterkandidat nicht auf die Forderung seines CDU-Konkurrenten reagiert, der die Wolfenbüttel Geschichte in beiden Museen auf die frühe Neuzeit, also bis ca. Beginn des 19. Jahrhunderts reduzieren wollte?

Eigentlich hatte ich von den GRÜNEN klare Worte zum Rechtsextremismus und zur hiesigen AfD erwartet. Pustekuchen!³



Aus der Presse konnte man schon mal erfahren, DIE GRÜNEN fordern Widerspruch. Holger Barkhau informierte mich über einen Beschluss der Kreistagsfraktion: *Wir haben am Samstag in der Fraktion über das Thema "Umgang mit der AfD" beraten. Wir haben uns dazu entschieden, uns als Kreistagsfraktion ausschließlich zu Kreistagsangelegenheiten zu äußern. Bezogen auf die AfD bedeutet das, dass wir als Fraktion*

auf Äußerungen von AfD-Kreistagsabgeordneten in den Ausschüssen und im Kreistag reagieren werden, wenn dies aus unserer Sicht notwendig und sinnvoll ist. Auf Äußerungen der AfD als Partei in der Öffentlichkeit sollte ggf. der Kreisverband der GRÜNEN reagieren. Gerne leite ich unseren Mailwechsel an den Kreisvorstand weiter: Tja, was denn nun?



Öffentlich Widerspruch fordern und in Wirklichkeit kuschen? Schlimmer geht es nicht mehr!

³ Der Ausruf „Pustekuchen“ meint, dass das Gegenteil von dem eingetreten ist, was man sich gewünscht hat. Mit „pusten“, also kurz und kräftig blasen, oder einem „Kuchen“ hat der Begriff aber eigentlich wenig zu tun. Er leitet sich vom Jiddischen „poschut chochom“ ab, was „wenig schlau“ bedeutet. Für deutsche Ohren klingt es jedoch so ähnlich wie „Pustekuchen“. Und so hat sich der Ausdruck dann auch im deutschen Sprachgebrauch verbreitet.

Im August 2018 schrieb Ulrike Siemens in einem Rundschreiben unter dem Betreff „Flyer der „Identitären“ im Landkreis aufgetaucht“: *Wir möchten Euch bitten, die Entwicklung in euren Gemeinden zu beobachten und euch auch auf Gespräche mit euren Mitbürgern zu dem Thema einzustellen, der rechten Propaganda etwas entgegenzustellen. Es geht um nicht weniger als um unsere demokratische Zukunft in einem demokratischen Europa.*



um unsere demokratische Zukunft in einem demokratischen Europa.

Bürgermeisterkandidat Thomas Brix antwortete mir auf die Frage, ob die Grünen zu einer von mir an Kreistag und Stadtrat verschickten widerlichen Darstellung der AfD

reagieren werden.

Antwort: *Da bin ich (vorläufig) ziemlich sicher, dass wir das nicht tun werden, weil es aufgrund des Streisand-Effektes nicht sinnvoll ist.*

Die liebe Barbara Streisand muss herhalten, damit die GRÜNEN nicht gegen die AfD vorgehen? (Informationen zu dem „Streisand-Effekt“ bei Google.)

Nein, weder mit ein paar öffentlichen Forderungen in mehreren Jahren noch mit der Angst, Widerstand gegen die AfD könnte ja dazu führen, dass diese Partei öffentliche Aufmerksamkeit bekommt, werde ich für angemessen halten.

Um vielleicht aus Gedanken zum Umgang mit der AfD etwas zu lernen empfehle ich den Artikel von Niklas Eppert von regionalHeute vom 1. September 2021. Er ist hier zu finden: <https://regionalheute.de/ob-wahl-2021-die-absage-der-diskussion-ist-ein-armutszeugnis-braunschweig-1630324817/>

Eine andere Empfehlung: DIE GRÜNEN könnten sich an einem jungen Schüler ein Beispiel nehmen, der im Auftrag des ZDF den AfD-Spitzenkandidaten Tino Chrupalla interviewt hat. Nachdem Chrupalla getönt hatte, in deutschen Schulen sollten wieder deutsche Lieder gesungen und deutsche Gedichte rezitiert werden, fragte der Schüler den AfD-Spitzenmann, ob er ihm denn ein Gedicht nennen könnte: Chrupalla kannte keins. Ein mutiger Schüler, der mit einer kleinen Frage ohne Barbara Streisand im Kopf den AfD-Mann bloß gestellt hat. (siehe auch: <https://www.tagesspiegel.de/politik/tino-chrupalla-beim-kinderreporter-afd-chef-will-mehr-deutsche-gedichte-an-schulen-doch-mir-faellt-jetzt-gar-keins-ein/27604964.html>)

Hat man Baerbocks Buch gelesen sollte man zu einem weiteren Buch greifen: „Die Selbstgerechten“ von Sahra Wagenknecht. Ein Buch, das ich inhaltlich erheblich besser bewerte als das von A. Baerbock, ein Buch, das nicht für einen Wahlkampf zurecht geschustert worden ist. Unter dem Begriff „Moralisten ohne Mitgefühl“ kritisiert die Autorin Sahra Wagenknecht ihre Partei so deutlich, dass LINKEN-Mitglieder forderten, sie auszuschließen. Bitte um Gottes Willen nicht davon ausgehen, dass ich Sahra Wagenknecht unterstütze. Ganz sicher nicht!

Ich möchte mein zumindest zurzeit abgelehntes Bekenntnis zu den GRÜNEN mit zwei Zitaten von S. Wagenknecht beenden:



Ein wichtiger Anspruch jedes Liberalismus etwa ist Toleranz im Umgang mit anderen Meinungen. Den typischen Linksliberalen dagegen zeichnet gerade das Gegenteil aus: äußerste Intoleranz gegenüber jedem, der seine Sicht der Dinge nicht teilt. Auch kämpft der Liberalismus traditionell für rechtliche Gleichheit, der Linksliberalismus dagegen für Quoten und Diversity, also für die ungleiche Behandlung unterschiedlicher Gruppen. (S. 12) Linksliberale Überheblichkeit nährt rechte Terraingewinne. (S. 13)

Ich wünsche mir keine Zukunft, in der ich Probleme bekomme, wenn ich uralte Begriffe unserer Sprache nicht mehr benutzen darf - und tue ich es doch, ich erniedrigt werde:

BERLINER SPITZENKANDIDATIN ENTSCHULDIGT SICH

Ärger für Grünen-Politikerin – weil sie „Indianer“ sagte!



Bettina Jarasch (52), Spitzenkandidatin für die Wahl zum Abgeordnetenhaus am 26. September, wurde im Gespräch mit Landesparteichef Werner Graf (41) gefragt, was sie denn als Kind gern geworden wäre.

Ihre Antwort: „Indianerhäuptling“. Beide lachten

Bettina Jarasch entschuldigte sich später für die Verwendung des Begriffs „Indianerhäuptling“. Sie sprach von „unreflektierten Kindheitserinnerungen“ und gab sich zerknirscht:

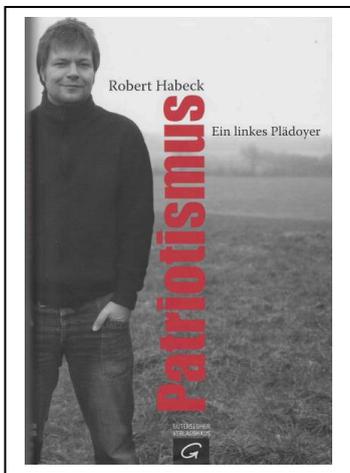
„Auch ich muss dazulernen.“

Es müsse nämlich heißen: „Ich wollte Häuptling in einem Stamm der amerikanischen Ureinwohner oder indigenen Völker Nordamerikas werden.“ (Wobei eine Squaw dort nicht Häuptling geworden wäre.)



Mit Böll begonnen und mit Böll enden:
Gruppenbild mit Dame.
Quelle: DIE ZEIT

Annalena B. mit dem Rest der Welt?



Robert Habeck sagt unter anderem:

Aber um die Demokratie stark zu halten, brauchen wir immer wieder visionäre, begeisternde, aufführende Politik und Politiker. Der Widerspruch bleibt. Das Beste, was wir tun können, ist, ihn lustvoll zu bejahen. (Seite 14)

Wenn Deutschland eine Leitkultur braucht, dann eben nicht die der vorgefertigten Meinungen. Dann braucht sie eine Leitkultur als Streitkultur, kein Wertediktat und kein Kanonwissen über Deutschland, sondern die stetige und stetig erneuerte Bereitschaft, die Werte neu zu verhandeln. Und dies nicht im Interesse irgendwelcher abstrakter Ideen, sondern im praktischen Interesse unseres Zusammenlebens. (Seite 74)

Gütersloh 2010